

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/140

Bonn, den 29. Juli 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 ALFRED NAU 35

Dank und Anerkennung zu seinem 40. "Dienstjubiläum"
Von Willy Brandt,
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

2 + 3 a Ein Jahr in Berlin? 32

Freiwilliger Entwicklungsdienst anstelle von Wehrdienst
Berlin bietet viele Ausbildungsmöglichkeiten für junge Menschen

4 Luftwaffenstützpunkt Beja ... 44

Eine mehr als problematische "Kapitalanlage"

5 - 6 Kleine Insel - Große Politik 9

Zypern will ausgleichender Faktor im östlichen Mittelmeer sein

Von Dr. Basil Mathiopoulos

* * *

*

A L F R E D N A U

Dank und Anerkennung zu seinem 40. "Dienstjubiläum"

Von Willy Brandt,

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Am 1. August 1968 begeht der Schatzmeister der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, unser Freund Alfred Nau, sein 40jähriges "Dienstjubiläum". Aus diesem Anlaß gebührt ihm Dank, und der Glückwunsch bedeutet zugleich Respekt vor einer bedeutenden menschlichen und politischen Leistung.

Vor 40 Jahren trat Alfred Nau unter dem unvergessenen SPD-Vorsitzenden Otto Wels in Berlin als hauptamtlicher Mitarbeiter in den Dienst der Partei. Sehr rasch erkannte man seine inzwischen sprichwörtlich gewordene, unerschöpfliche Arbeitskraft und seinen Sinn für Realitäten. Das Amt der "Kassierer" ist auf allen Ebenen einer Mitgliederpartei von großer Bedeutung; Alfred Nau entwickelte darüber hinaus schon in jungen Jahren jene finanzpolitischen und allgemeinpolitischen Fähigkeiten, die ihn dorthin gebracht haben, wo er heute steht.

Sein Weg ist der Weg seiner Partei. Mit ihr teilte er Verfolgung und Illegalität. Wie viele seiner Freunde war er fünf Jahre lang Soldat. Für Kurt Schumacher war Alfred Nau unmittelbar nach dem Krieg einer der ersten und engsten Mitarbeiter. Seither gehört Alfred Nau zur Parteiführung - auf jedem Parteitag mit an Einstimmigkeit grenzenden Stimmzahlen bestätigt.

Man kann Alfred Nau nicht gerecht werden, ohne sein Wirken für die Friedrich-Ebert-Stiftung zu erwähnen, an deren Spitze er seit ihrer Wiederbegründung nach dem Zweiten Weltkrieg steht. Zu der Vielfalt von Aufgaben, die wir bei ihm in guten Händen wissen, kommt sein Engagement auf den Gebieten der Erwachsenenbildung, der internationalen Zusammenarbeit und des Parteiwesens im demokratischen Staat.

Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands kennt die Solidität Alfred Naus seit vielen Jahren aus täglicher Zusammenarbeit. Er weiß um die Sorgen und die Hoffnungen, die den Jubilar als Schatzmeister und zugleich als Geschäftsführendes Präsidiumsmitglied bewegen. Auf diesem Hintergrund sind wir in Freundschaft verbunden. Ich wünsche dem Weggeführten weiterhin viel Kraft, um unsere Partei stärker zu machen und der Festigung unseres demokratischen Staates beispielgebend zu dienen.

+ + +

Ein Jahr in Berlin ?

Freiwilliger Entwicklungsdienst anstelle von Wehrdienst

ABI - Ist Berlin noch attraktiv ? Berlin hat viele Attribute: Es ist die Stadt mit der größten Einwohnerzahl Deutschlands, es ist Deutschlands größte Industriestadt, und es ist die Stadt mit den meisten Schulen, Hochschulen, Fachschulen und Ausbildungsstätten. In Berlin sind die meisten Bundesbediensteten tätig und - Berlin ist schließlich die Hauptstadt Deutschlands. Aber die Superlative dieser Stadt lassen sich auch zur anderen, zur negativen Seite hin aufzählen: Berlin ist eine geteilte Stadt, Berlin ist eine "Insel", in ihrer Existenz bedroht. Berlin ist eine Stadt ohne Hinterland; ihre wirtschaftliche Existenz kann wegen der geographischen Lage nur künstlich aufrechterhalten werden. Darum ist es kein Geheimnis, daß die Abwanderung aus Berlin manche Sorgen bereitet.

Ist Berlin dennoch attraktiv ? Diese Frage ist in erster Linie politisch gestellt, und so gesehen kann sie nur mit Ja beantwortet werden. Im geteilten Deutschland gilt es, das politische Geschehen nicht nur zu beobachten, sondern wirklich zu "erleben". Und wo ist das besser möglich als in Berlin, dort, wo man tagtäglich mit der deutschen Frage konfrontiert wird. Besonders trifft das für den Jugendlichen im westlichen Bundesgebiet zu, der ja doch im Gegensatz zur älteren Generation nur das gespaltene Deutschland kennt. Darin liegt eben die Gefahr, daß man diesen Zustand eines Tages als "normal" bezeichnen könnte. In Berlin jedoch wird das Deutschland-Problem zu einem hautnahen Erlebnis. Hier ist die Situation unseres Landes am deutlichsten, und darum ist Berlin auf diese Weise "attraktiv", d.h. "anziehend".

Wäre es da nicht Überlegenswert, daß möglichst viele Jugendliche ein Jahr ihrer beruflichen Ausbildung in Berlin verbringen ? An Möglichkeiten mangelt es sicherlich nicht, denn Berlin hat immerhin 385 Berufs- und Berufsfachschulen anzubieten. Dazu kommen über 100 Hochschulen, Akademien und übrige Fachschulen, die die Stadt zu einem bedeutenden Bildungszentrum machen. Da gibt es neben der Freien Universität und der Technischen Universität die Staatlichen Hochschulen für bildende Künste, die Pädagogische und die Kirchliche Hochschule, die Ingenieurschule für Bauwesen, die Ingenieurschule der Deutschen Bundespost, die Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau, die Staatliche Werkkunstschule, das Staatliche Lehrinstitut für Graphik, Druck und Werbung und die Fachschule für Optik und Fototechnik. Eine Reihe, die noch beliebig fortgesetzt werden kann.

Auch für die fortgeschrittene Berufsausbildung bietet Berlin eine Chance. Angesichts der Tatsache, daß die Stadt den größten Anteil am Öffentlichen Dienst hat, könnte mancher Vorbereitungs- dienst in Berlin abgeleistet werden. Gerade hier wäre es wünschenswert, wenn die Personalpapiere eines künftigen Arbeitnehmers im Katalog der Ausbildungsstätten die Stadt Berlin angäben. Es könnte

immerhin die Gewähr dafür bieten, daß der Bewerber auch diesen Teil Deutschlands "erfahren" hat; denn ohne Frage fördert ein solcher Aufenthalt in der geteilten deutschen Hauptstadt das politische Bewußtsein des jungen Menschen.

Natürlich müßten zu einem solchen "Berlin-Jahr" materielle Anreize gegeben werden. Ähnlich wie bei der Förderung von Arbeitskräften im Land Berlin sollte der Staat Leistungen erbringen, die dem Betreffenden zusätzliche Unkosten ersparen. So könnten neben den Mehraufwendungen für Heimfahrten zusätzliche Ausbildungs- oder Unterhaltshilfen gewährt werden. Das wären Mittel, die sich in jedem Fall für den Staat bezahlt machten, denn eine staatspolitische Bildung kann nie besser als am Ort selbst erfahren werden. In Berlin ist das politische Geschehen lebendig sichtbar und spürbar. Es sollte auch im Bewußtsein unserer Jugend wachgehalten werden, damit man nicht eines Tages über den gegenwärtigen Zustand hinweg "zur Tagesordnung" übergeht.

In den Erörterungen über Wehrgerechtigkeit wird auch auf die Möglichkeit hingewiesen, Entwicklungsdienst anstelle von Wehrdienst zu leisten. Gegenwärtig ist es aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung der beteiligten Bundesministerien möglich, daß sowohl Wehr- als auch Ersatzdienstpflichtige für die Zeit des Dienstes in Entwicklungsländern auf Vorschlag des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit unabhkömmlich gestellt werden, wenn für den von ihnen zu besetzenden Projektplatz ein anderer Bewerber nicht zur Verfügung steht. Nach Erfüllung ihres Vertrages werden diese Dienstpflichtigen später nicht mehr zum Wehr- oder Ersatzdienst herangezogen.

Der dem Bundestag vorliegende Entwurf eines Entwicklungshelfer-Gesetzes sieht hierfür eine gesetzliche Regelung vor. Danach sollen Wehrpflichtige und Ersatzdienstpflichtige, die für den Dienst in Entwicklungsländern vorgesehen sind und eine Ausbildung für diese Aufgabe erlangen, nicht zum Wehrdienst herangezogen werden. Das gleiche soll für Dienstpflichtige gelten, die Entwicklungsdienst leisten. Nach zweijähriger Tätigkeit in Entwicklungsländern soll für Entwicklungshelfer die Pflicht erlöschen, Grundwehrdienst oder Ersatzdienst zu leisten.

Wird nach dieser vorgesehenen Regelung ein Dienstpflichtiger von einem Träger des Entwicklungsdienstes angenommen und daher zunächst nicht zum Pflichtdienst herangezogen, so muß für die Zeit bis zum Beginn des Entwicklungsdienstes eine umfassende Vorbereitung auf seine zukünftigen Aufgaben in Entwicklungsländern vorgesehen sein. Hierbei ist an eine intensive Sprachausbildung, an berufsergänzende Praktika nach Weisung des Trägers sowie an Betätigung in Organisationen zu denken, deren Aufgaben die Vorbereitung des Bewerbers auf den Dienst in Entwicklungsländern fördern. Hierfür kämen in erster Linie die im Rahmen des zivilen Bevölkerungsschutzes tätigen

Einrichtungen (Deutsches Rotes Kreuz, Technisches Hilfswerk, Feuerwehr) sowie Jugendverbände, kirchliche und soziale Einrichtungen infrage. In dieser Zeit hat der angenommene Bewerber dann dem Träger regelmäßig die von ihm getroffenen Vorbereitungsmaßnahmen nachzuweisen. Eine solche Lösung ist mit den Grundsatz der Wehrgerechtigkeit vereinbar, da dem Pflichtdienst von 18 Monaten ein Entwicklungsdienst von 27 Monaten (dreimonatige Ausbildung und 24 Monate Tätigkeit im Projekt) gegenübersteht und andererseits die Entscheidung des Dienstpflichtigen nicht ohne Risiko ist. Fallen während der Vorbereitungszeit die persönlichen oder sachlichen Voraussetzungen weg oder befolgt der angenommene Bewerber nicht die für ihn in der Vorbereitungszeit angeordneten Maßnahmen, so entfällt selbstverständlich die Nichtheranziehung zum Wehrdienst, und er muß mit seiner Einberufung zum Wehr- oder Ersatzdienst rechnen. Gleiches gilt, wenn ein freiwilliger den zweijährigen Überseedienst-Vertrag nicht erfüllt und vorzeitig aus dem Entwicklungsland zurückkehrt. Schließlich können ebenfalls aus dem Gesichtspunkt der Wehrgerechtigkeit für den Freiwilligen nach vertragsgemäßer Beendigung des Überseedienst-Verhältnisses Maßnahmen vorgesehen werden, die der Wehrüberwachung der Reservisten vergleichbar sind. Dies könnte durch Heranziehung zu Dienstleistungen im zivilen Bevölkerungsschutz geschehen.

Wichtig ist, daß bei dieser gesetzlichen Regelung das Prinzip der Freiwilligkeit für den Entwicklungsdienst nicht beeinträchtigt wird. Weiter muß eine solche Regelung sowohl Wehrpflichtigen wie Ersatzdienstpflichtigen offenstehen. Es bedarf dann nicht der Anerkennung der Träger des Entwicklungsdienstes als Ersatzdienstorganisationen. Ebenso ist es bedeutsam, daß sich der Freiwillige für einen der bestehenden Träger des Entwicklungsdienstes entscheiden kann und ebenso der Träger ausschließlich nach seinen Auswahlgrundsätzen geeignete Bewerber für seine Aufgaben in Entwicklungsländern auswählen und entsenden kann. Dabei ist jedoch hervorzuheben, daß kein Rechtsanspruch des Bewerbers auf Entsendung durch einen Träger des Entwicklungsdienstes begründet werden kann. Annahme und Entsendung bleiben in die freie Entscheidung des Trägers gestellt. Erforderlich für die Entsendung ist in jedem Falle, daß die persönlichen Voraussetzungen beim Bewerber vorliegen und beim Träger die sachlichen Voraussetzungen gegeben sind, nämlich das Vorhandensein von Projektplätzen in Entwicklungsländern und finanzielle Mittel für die Entsendung von Freiwilligen. Damit ist gleichzeitig eine zahlenmäßige Begrenzung der Dienstpflichtigen gegeben, die zivilen Dienst in Entwicklungsländern anstelle von Wehr- oder Ersatzdienst leisten können.

+ + +

Luftwaffenstützpunkt Beja ...

Eine mehr als problematische "Kapitalanlage"

P.B. - Das Bundesverteidigungsministerium unter Minister Dr. Gerhard Schröder (CDU) prüft gegenwärtig, ob die Bundeswehr ihren portugiesischen Luftwaffenstützpunkt Beja endgültig aufgeben soll. Auf alle Fälle scheint inzwischen klar zu sein, daß die 200 Millionen, die dort seitens der Bundesrepublik investiert worden sind, nutzlos verten wurden.

Zweifellos ist die Regierung Salazar in Lissabon weitgehend dafür verantwortlich, daß die deutsche Luftwaffe den Stützpunkt nicht nutzen kann, es sei denn, man stürzt sich in weitere finanzielle Zugeständnisse, die noch nicht abzusehen sind. Auf der anderen Seite erhebt sich aber die Frage, ob nicht das Ministerium sehr viel früher vor Beginn der größten Investitionen in Beja hätte erkennen müssen, wohin die portugiesische Regierung schließlich tendieren würde.

Im Jahre 1960 und 1962 wurden zwischen Bonn und Lissabon Verträge für den Stützpunkt unterzeichnet, mit dessen Bau 1963 begonnen wurde. Schon diese Verträge scheinen nicht alles bis in letzte Einzelheiten geregelt zu haben, denn sonst wäre nicht möglich gewesen, was möglich wurde. Die finanziellen Forderungen des NATO-Partners Portugal sind inzwischen ins Unermeßliche angewachsen. Lissabon fordert von Bonn Geld und nochmals Geld. Es erhebt sich die Frage, ob die noch zu zahlenden Mittel überhaupt in irgendeinem Verhältnis zu dem Zweck des Stützpunktes stehen können.

Darüber hinaus scheint man offenbar im Bundesverteidigungsministerium seinerzeit auch keine gründliche Analyse über Flug, Entfernungen und Ausbildungsformen der deutschen Luftwaffe für die Zukunft aufgestellt zu haben. Nach wie vor muß Bonn in Madrid beantragen, wenn ein Starfighter nach Beja Spanien überfliegen will. Eine Pauschalgenehmigung seitens Madrid wird immer noch nicht erteilt. Ähnlich wie Portugal tendiert Franco offenbar dahin, von der Bundesrepublik weitere finanzielle und auch politische Zugeständnisse zu erreichen.

Seitdem Frankreich sich in der NATO passiv verhält und die USA-Luftwaffenverbände Frankreich verlassen haben, gibt es dort keine Wartungsmöglichkeiten mehr für die Starfighter, auch wenn Landeerlaubnis erteilt werden sollte. Würde Frankreich das im Konfliktfall nicht zulassen, so wäre es den Starfightern nicht möglich, die Ausweichbasis Beja zu erreichen. Schon heute können erstaunlicherweise die anderen bei der Luftwaffe geflogenen Typen Beja auf geradem Wege über Frankreich und Spanien nur unter Einschaltung einer Zwischenlandung erreichen.

Inzwischen liegt die Ausbildung der Starfighter-Piloten auch nicht mehr beim Durchexerzieren des Tiefflugs. Die Strategie der NATO hat sich verändert. Aber das gerade sollte in Beja, dem idealen Tieffluggebiet, geübt werden. Es erhebt sich in der Tat die Frage, ob das Bundesverteidigungsministerium von vorne herein gründlich vorausgeplant und alle Perspektiven einkalkuliert hatte.

+ + +

Kleine Insel - Große Politik

Zypern will ausgleichender Faktor im östlichen Mittelmeer sein

Von Dr. Basil Mathiopoulos

Umworben und umstritten in der Interessensphäre dreier Kontinente ist seit eh und je Zypern. Die Insel im östlichen Mittelmeer erwies sich in der neueren Geschichte nicht nur als neutral-griechischer Punkt, weil sie die bevorzugte Enklave der Griechen war, sondern weil man ihr mit Recht eine eigenwillige außenpolitische Einstellung nachsagte.

Westlich orientiert...

Geistig und kulturell gehört Zypern eindeutig dem griechischen Raum an und ist damit im weiten Sinn abendländisch. Seine geographische Lage und die dadurch bedingte politische Orientierung machten es von alters her zum Sprungbrett nach dem Osten. Daran änderte sich auch nichts, seit Zypern als selbständige Republik Mitglied des Commonwealth und des Europarates in Straßburg ist, was einer festen Bindung an den Westen gleichkommt. Zweifellos ist sogar in dieser Sonderlage die unverkennbare Bedeutung dieses im Weltmaßstab so unscheinbaren Territoriums zu suchen. Im vergangenen Jahr hatte Zypern im Europarat sogar den Vorsitz. Der Vertreter Nikosias, der damalige Geschäftsträger Zyperns in Bonn, Pilevakis, verschaffte sich und seinem Land allgemeines Ansehen.

...aber neutral

Grundsätzlich aber betreibt Zypern seit seiner Gründung als Republik im August 1960 eine Politik der engagierten Neutralität, was sich auch durch die Mitgliedschaft im Bund der blockfreien Staaten ausdrückt. Gerade diese Mitgliedschaft ermöglichte Zypern gute Beziehungen zu den arabischen und afrikanischen Ländern. Daraus zogen nicht nur die Techniker, Unternehmer und Handelsleute der Insel ihre Vorteile. Die geschickte Diplomatie des Staatspräsidenten, Erzbischof Makarios, vermochte die gleichermaßen guten Beziehungen zu den beiden Großmächten in Einklang zu bringen. Sowohl Washington als auch Moskau errichteten in Nikosia Botschaften und zeigen großes Interesse für die Entwicklung des Landes.

Gute Beziehungen zu Israel und den arabischen Staaten

Als Weihnachten 1963 der Zypernkonflikt einem kritischen Höhepunkt zusteuerte, wandte sich die zyprische Regierung an die UNO und bewahrte sich durch diesen Schritt gegenüber den beiden Machtblocks einen freien taktischen Spielraum. Daraus resultierte letztlich auch die ständige Unterstützung seitens der arabischen Länder, übrigens ungeachtet der erwiesenen guten Beziehungen, die Zypern mit dem Staat Israel unterhält. Nikosia konnte im Laufe der Jahre neben dem amerikanischen, britischen, griechischen, deutschen und

schweizerischen auch den israelischen Kapitalmarkt für wichtige Investitionen gewinnen.

Aus den familiären Bindungen innerhalb des Commonwealth ergaben sich für Zypern nicht nur vorteilhafte wirtschaftliche Beziehungen zu England. Die beiden Militärbasen in Akrotiri und Dekelia, auf denen etwa 10.000 britische Soldaten stationiert sind, wirken sich natürlich positiv auf die wirtschaftliche Prosperität der Insel aus. Sie stellen aber nicht zuletzt die politische Bedeutung Zyperns im Vorfeld des krisengeladenen Nahen Ostens heraus.

Wirtschaftsaufschwung

Obwohl Zypern sich erst vor acht Jahren von der kolonialen Bevormundung befreien konnte, trugen die erwähnten Voraussetzungen und eine rationale Auswertung der investierten Mittel dazu bei, daß die Inselbevölkerung heute über den besten Lebensstandard im östlichen Mittelmeerraum verfügt. In diesem Zusammenhang muß auf den konsequent und erfolgreich durchgeführten Fünfjahresplan von 1961-66 hingewiesen werden. Seither steigt das jährliche Bruttosozialprodukt um sieben Prozent. Vor allem die Entwicklung in der Mittelindustrie (Textilien, Lederwaren, Kunststoffe, Konserven, Weine) nahm einen lebhaften Aufschwung. Dazu kommen die bessere Ausnutzung der landwirtschaftlichen Nutzflächen und der steigende Absatz des begehrten Kupfers. Auf dem Gebiet des Tourismus - Zypern bietet auch in den unfreundlichen Wintermonaten ein mildes Klima - sind noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft.

Entspannung zwischen griechischen und türkischen Zyprioten

Wegen seiner innenpolitischen Struktur erschien Zypern seit 1963 in der internationalen Presse immer wieder als Krisenherd. Die günstige Entwicklung der letzten Zeit aber macht die Insel zu einem Beispiel realisierbaren Ausgleichs. Die interessierten Mächte zogen daraus ihre Konsequenzen. Dies gilt nicht zuletzt für die Türkei, die ihrerseits gleichzeitig mit dem Scheitern der wankelmütigen Politik der Athener Militärregierung eine zunehmende Entspannung zwischen den beiden Bevölkerungsgruppen der Insel registrierte.

Seitdem die Engländer ihre übrigen überseeischen Stützpunkte verlassen, gewinnt die Anwesenheit des Union Jack im östlichen Mittelmeer an Bedeutung. Vor allem in den Augen Washingtons dürfte die Anwesenheit der britischen Verbände neben der amerikanischen 6. Flotte als ausgleichender und neutralisierender Faktor gegenüber den Operationen der sowjetischen Flotte in diesen Gewässern gewertet werden.

Freundschaft mit der Bundesrepublik

Die Bundesrepublik Deutschland entsandte schon bald nach der Gründung der Republik einen Botschafter nach Nikosia und lud bereits 1962 Staatspräsident Makarios zu einem offiziellen Besuch in der Bundeshauptstadt ein. Inzwischen hat auch Zypern einen Botschafter nach Bonn entsandt, den früheren Generaldirektor im zypriischen Außenministerium, Herrn F i s s e n t z i d o s. Der neue Botschafter erörterte vor kurzem in seinem ersten Gespräch mit Bundesaußenminister Willy B r a n d t, die Möglichkeiten, die in allen Bereichen zu einer Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern führen könnten.